

## Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit



expo02: Palais de L'Equilibre, Neuchâtel

Zehn Jahre nach "Rio" treffen sich RegierungsvertreterInnen Ende Monat in Johannesburg zum "Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung". Zeit also für eine Zwischenbilanz: Vor zehn Jahren ist in Rio die "nachhaltige Entwicklung" zum neuen Begriff von Fortschritt erklärt worden. Er hat sich als gemeinsame Basis und integrierende Kraft für einen produktiven Austausch etabliert – kaum jemand wagt, ihn als Konzept zurückzuweisen. Tatsache ist, dass die "Agenda 21" von Rio zu vielen konkreten Ergebnissen vor allem auf Gemeinde- aber auch auf nationaler Ebene geführt hat. Das Wissen um ökologische Zusammenhänge hat zugenom-

men und Umwelthanliegen sind weltweit Regierungssache geworden. Tatsache ist aber auch, dass seit Rio die wirtschaftliche Entwicklung und die forcierte Globalisierung (unter anderem durch die Gründung der Welt handelsorganisation WTO 1995) die Fortschritte aus den Umweltprojekten zunichte gemacht hat und, dass es primär dem ständigen Druck von Gruppierungen der Zivilgesellschaft zu verdanken ist, dass die Politik die "Agenda 21" nicht völlig vergessen hat. Trotzdem wäre ohne die Möglichkeit, sich auf "Rio" zu berufen, manches davon nicht möglich gewesen.

Als fatal erwies sich allerdings die sprachliche Verbindung von "Nachhaltigkeit" mit "Entwicklung", weil damit die "Nachhaltigkeit" zum Adjektiv einer "Entwicklung" geworden ist, die als Wirtschaftswachstum nach westlichem Vorbild des letzten Jahrhunderts verstanden wurde.

Das "Jo'burg Memorandum" der deutschen Heinrich Böll-Stiftung listet im Vorfeld des Gipfel vier Strategien auf, welche vor dem Hintergrund der Frage entwickelt werden sollen, was "Fairness" innerhalb eines begrenzten Wirtschaftsraumes bedeutet. Bereits heute sehen wir die Vorboten der Konflikte um Ressourcen: Multinationale Konzerne sichern sich derzeit überall auf der Welt Quellen (auch in der Schweiz) denn Trinkwasser wird schon bald eine der rarsten Ressourcen sein. Die gerechte Verteilung dieser und anderer Ressourcen wird langfristig aber die Grundlage für Nachhaltigkeit sein. Und Nachhaltigkeit wird ihrerseits die einzige Garantie für Gerechtigkeit sein. Beide Ziele bedingen sich also. Welche Strategien sollen denn nun nach Ansicht der AutorInnen verfolgt werden?

1. Der Schutz vor Gemeinschafts-

rechten an Ressourcen, damit die Einwohner naturreicher Gegenden ihre Existenz nicht von den diese Ressourcen ausbeutenden Firmen abhängen. Konkret bedeute dies tiefgreifende Änderungen in der Weltwirtschaftspolitik, die heute den Export des westlichen Wirtschaftsmodells in die dritte Welt vorantreiben und damit multinationalen Konzernen die Möglichkeit eröffnen, die immer noch primär nationale Politik auszuspielen und in jenen Ländern zu investieren, in denen die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards (noch) nicht kontrolliert werden.

2. Marktpreise, welche die ökologische Last ausdrücken. Das bedeute die Abschaffung der Subvention umweltbelastender Produktions- und Transportweisen und umgekehrt die Erhebung von Abgaben auf die Nutzung von Gemeinschaftsgütern wie Erdatmosphäre, Luftraum und Meere. Damit einher gehen müsse eine ökologische Steuerreform, die nicht mehr den Faktor Arbeit, sondern den Ressourcenverbrauch und die Abfallproduktion besteuert.

3. Eine internationale Handelsordnung, die vor allem fairen und nicht nur freien Handel fördere. Das Ziel Freihandel müsse den Zielen Menschenrechte und Nachhaltigkeit nachgeordnet werden.

4. Die Gründung einer Weltumweltorganisation, die diese Strategien koordinieren und vorantreiben soll.

"Es ist die Herausforderung von Johannesburg, über Rio hinauszugehen, aber es ist die Gefahr von Johannesburg, hinter Rio zurückzufallen" schliesst das Memorandum.

Reta Caspar

[www.worldsummit2002.de](http://www.worldsummit2002.de)



THEMEN in diesem FREIDENKER

Mit oder ohne Kopftuch?	2-3
FVS-BotschafterInnen gesucht	3
Freidenkerspende 2002	3
Stichwort "Antisemitismus"	4-5
Büchertisch, Forum	6

## Mit oder ohne Kopftuch?

Das deutsche Bundesverwaltungsgericht verbietet einer Lehrerin den Unterricht mit einem Kopftuch. LehrerInnen dürfen im Unterricht keine religiösen Symbole tragen. Der Staat sei in öffentlichen Schulen zu "strikter Neutralität" verpflichtet. Konkret zu entscheiden war der Fall der deutsch-afghanischen Lehrerin Fereshta Ludin. Das Land Baden-Württemberg hatte 1998 die Einstellung der heute 30-Jährigen abgelehnt, weil sie auch im Unterricht nicht auf ein Kopftuch verzichten wollte. Wie schon in den Vorinstanzen scheiterte Ludin nun auch beim Bundesverwaltungsgericht. Selbst wenn sie keine missionarischen Absichten verfolge, dürfe sie das Kopftuch im Klassenzimmer nicht tragen, erklärte der Richter. Schüler hätten einen Anspruch darauf, "vom Staat nicht dem Einfluss einer fremden Religion, auch in Gestalt eines Symbols, ausgesetzt zu werden". Auch die Eltern könnten verlangen, dass ihre Kinder in der Schule nicht mit Glaubensüberzeugungen konfrontiert werden, die sie für "falsch oder schädlich" halten. Gerade in einer multikulturellen und pluralistischen Umwelt müsse sich der Staat neutral verhalten, um ein friedliches Zusammenleben zu gewährleisten. Ob LehrerInnen nun tatsächlich auch aufs Kreuz am Hals oder religiöse Autoaufkleber verzichten müssen, führte das Gericht nicht weiter aus, betont aber, dass "strikte Gleichbehandlung" notwendig sei.

Das Kopftuch ist zum Symbol in der Debatte um die Integration von Muslimen in Deutschland und ganz Europa geworden – und zwar zu einem äußerst negativen: Kopftuch gleich Bedrohung der Frau gleich Gefahr für die Demokratie durch Fundamentalismus. Dabei wird gerne vergessen, dass unter dem Tuch eine Frau steckt. Diese Muslimin kann nämlich durchaus eine emanzipierte Frau sein, die sich in die bundesdeutsche Gesellschaft integrieren will – gerade wenn sie eine Karriere als Lehrerin anstrebt.

### Religionsfreiheit versus Neutralität

In der Debatte um das Kopftuch geht es zugleich um Spannungen und Spaltungen im zunehmend ethnisch und religiös vielfältigen Europa. Rechtlich wird die Auseinandersetzung vor allem

von Neutralitätsgebot, Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung bestimmt. In der Schule ist der Staat durch die Verfassung zu religiöser Neutralität verpflichtet. Er darf die Schüler nicht gegen ihren Willen mit religiösen Symbolen konfrontieren. Deshalb haben Gerichte bislang Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuchs verboten: Als demonstrativ religiöses Bekenntnis verletze es die Neutralitätspflicht. Diese Schlussfolgerung ist jedoch nicht zwingend. Die Neutralitätspflicht verbietet LehrerInnen nämlich nicht, sich mit religiösen Symbolen zu schmücken – lediglich der Staat selbst darf keine religiösen Symbole in Klassenzimmern aufhängen. So hat es das Bundesverfassungsgericht 1995 beschlossen, als es Kreuzfixe aus bayerischen Klassenzimmern verbannte. Daraus ist aber keineswegs ein Verbot für Lehrerinnen mit Kopftüchern abzuleiten. Die Lehrerin ist kein vom Staat verwendetes Symbol: Sie ist vielmehr eine Bürgerin, die Religionsfreiheit beanspruchen kann. Dieser Religionsfreiheit der Lehrerinnen sind in der Schule natürlich Grenzen gesetzt. So darf sie nicht missionieren. Kann man das Kopftuch an sich als Ausdruck missionarischen Tuns beschreiben? Dass sie mit dem Kopftuch den Islam in der Schule sichtbar macht, ist erlaubt. Trotz der Neutralitätspflicht darf jeder in der Schule seine Religion ausüben: So können Lehrer auch christliche Kreuze sichtbar um den Hals tragen. Die Pflicht zur Neutralität gebietet es allerdings, dass alle Religionen an der Schule gleich behandelt werden. Der Islam darf nicht einseitig ausgeschlossen und dementsprechend das Tragen eines Kopftuchs nicht verboten werden. Problematischer ist jedoch, dass das Kopftuch Symbol der Frauenunterdrückung ist. Es erinnert Betrachter zu Recht an die patriarchalen Gesellschaften in Ländern wie Iran oder Saudi-Arabien, wo Frauen kaum Rechte haben und zur Kopf- und Körperverschleierung gezwungen werden. In Europa dagegen ist der Staat dazu verpflichtet, die Gleichberechtigung von Mann und Frau wirksam zu fördern. Eine Lehrerin hat demnach auch die Aufgabe, die Schülerinnen zur Emanzipation zu erziehen – und das gilt selbstverständlich bei christlichen wie bei muslimischen Schülerinnen. Das Kopf-



tuch macht die Lehrerin bei dieser Aufgabe nicht unbedingt glaubwürdig. Verstößt sie aber deshalb gleich gegen das Grundgesetz? Kopftuchbefürworterinnen würden dem entgegen, dass auch in Deutschland Frauen noch keineswegs gleichberechtigt seien. So verdienen sie immer noch weniger als Männer in den gleichen Berufen, um nur ein Beispiel zu nennen. Das stimmt leider – ist aber kein Argument für das Kopftuch. Denn: Grundrechte gelten eben auch dann, wenn sie in der Praxis verletzt werden. Gleichberechtigung bedeutet vor allem, faktische Nachteile für Frauen auszugleichen.

### Ein Dilemma

Aus Sicht der Trennung von Staat und Kirche ist das Urteil zu begrüßen. Aus Sicht der Musliminnen verwehrt es ihnen einen der wenigen Berufe, durch den sie sich selbst integrieren und emanzipieren könnten. Zudem behandelt der Staat damit muslimische Frauen anders als muslimische Männer, weil diese keine Kleidervorschrift haben, die einer Einstellung in den Staatsdienst entgegensteht. Ein Dilemma.

Im Falle einer Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe stünden die Chancen Ludins nicht schlecht. Die Karlsruher RichterInnen vertreten eine konsequente Linie des Minderheitsrechtsschutzes. Auch die Frage, ob Muslimen das betäubungslose Schächten erlaubt werden kann, hatte das Bundesverwaltungsgericht zunächst verneint. Das Bundesverfassungsgericht urteilte zugunsten der Muslime.

rc  
taz 4.7.2002

## Freidenkerspende 2002

Die FVS-Delegierten empfehlen Ihnen das Projekt "Rio das Ostras", das Ausbildungsprojekt von Robert Kern in Brasilien.



Beiträge sind erbeten auf das

**Spendenkonto: 90 - 197500 - 0.**

Seit vier Jahren lebt der Dättliker Schlosser Robert Kern mittlerweile in Rio das Ostras, Brasilien (etwa 200 Kilometer ausserhalb von Rio de Janeiro). In seinem "Centro de Aprendizagem" lehrt er Burschen in zwei-monatigen Kursen den Umgang mit Schweissapparat und Plasmaschneidanlage.

"Das Land Brasilien ist super, es ist einfach falsch geführt", sagt Robert Kern. Brasilien hat reichlich Bodenschätze (z. B. Öl) und müsste eigentlich zu den reichen Ländern gehören. Misswirtschaft und Machtmissbrauch verhindern indes eine gesunde Entwicklung. Die Leidtragenden sind – wie meistens in solchen Fällen – die Armen. Ausbildungsplätze sind erstens rar und zweitens teuer. Zu mehr als einem Handlanger schaffen sie es kaum, oder dann lungern sie bloss herum. Manchmal steht aber auch Robert Kern dem Elend machtlos gegenüber. Einer seiner "Lehrlinge" musste den Kurs abbrechen. Die Mutter war schwanger, der Vater Alkoholiker. Irgendjemand hatte für die Familie zu sorgen. Kern musste ihn ziehen lassen, was ihm zu schaffen macht. "Heute würde ich der Familie mit einem Fresspaket über die Runden helfen", sagt er.

Der Aus- und Weiterbau des "Centro" kommen aus Geldmangel langsamer vor als geplant. Das Wohnhaus und die grosse Halle (10 auf 20 Meter) wurden 1998 miteinander gebaut. Ende 2000 konnte Kern das neue Gebäude mit Büro, Aufenthaltsraum, Garderobe, Dusche und WC in Betrieb nehmen. Der Aufbau einer zweiten Halle verzögerte sich aus finanziellen Gründen. Und schliesslich fehlt auch eine dritte Halle auf dem auf 5'000 Quadratmeter geplanten "Centro". In den drei Hallen sollen dereinst Schlosser, Mechaniker und Schreiner ausgebildet werden. Das braucht Zeit, Vertrauen und Sponsoren. Letztere sind schwierig zu finden. In Brasilien habe es viele europäische Herumschleicher und Taugenichtse, die um Unterstützung bettelten, erklärt Kern. Das bekommt auch er zu spüren.

Quelle: Winterthurer Woche 2001

### Gesucht: FVS-BotschafterInnen

Einladung zum Folge-Seminar "Aufbau der Öffentlichkeitsarbeit"

**Samstag, 21. September 2002, 9.30 Uhr, Restaurant "Schweighof", Zürich**

Am Presseseminar im Januar 2002 haben sich die TeilnehmerInnen ein erstes Mal mit dem Auftreten der FVS befasst. Eines der Ergebnisse der Tagung war die Einsicht, dass es für unseren Verein (abgesehen von Leserbriefen) schwierig ist, in den Printmedien zu Wort zu kommen und dass die FVS sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren muss. Nun sollen in einem weiteren Schritt die gewonnen Erkenntnisse um- und die Ressourcen der Mitglieder der FVS optimal eingesetzt werden

Gesucht werden Mitglieder mit Erfahrung oder besonderem Interesse an z. B. Bildung und Integration, Pflege und Altersbetreuung, Steuerfragen, Religionen und Geschichte, Recht und Politik, Ethik und Philosophie...

Eingeladen sind alle SeminarteilnehmerInnen vom Januar und weitere Mitglieder, die sich in einem dieser Themen auskennen – oder bereit sind, sich entsprechend einzuarbeiten – um künftig als themenspezifische Kontaktpersonen für die FVS zu sprechen.

**InteressentInnen melden sich bitte auf dem Zentralsekretariat.**

### Spendenkonto

Der letzten Nummer des FREIDENKERS lag ein Einzahlungsschein für die Freidenkerspende 2002 bei. Aufmerksame LeserInnen haben festgestellt, dass die Kontonummer nicht mit der nebenstehenden übereinstimmt. Tatsächlich ist aus Versehen die allgemeine Kontonummer der FVS gedruckt worden. Der Einzahlungsschein kann trotzdem verwendet werden. Das Sekretariat wird die eingegangenen Beiträge gesamthaft transferieren. Allfällige Rückfragen bitte an das Sekretariat.

### Aufruf zum Aufbruch

Eine **Internet-Arbeitsgruppe** nimmt derzeit die Aktualisierung des bestehenden Schriftenangebotes der FVS an die Hand. Die Diskussion läuft über: [www.atheismus.ch/freidenker](http://www.atheismus.ch/freidenker)  
Anmeldung und Passwortbezug über: [mrw@atheismus.ch](mailto:mrw@atheismus.ch).

Die **Diskussionsgruppe "Zukunft der FVS"** soll sich im Herbst erstmals treffen. Informationen bei Bruno Stutz, Tel. 01 865 40 28 oder: [bruno\\_stutz@gmx.ch](mailto:bruno_stutz@gmx.ch)

### Ideenwettbewerb: Ein neuer Slogan (ein neues Logo) für die FVS

Alle paar Jahre stellen sich FreidenkerInnen die Frage nach der Bezeichnung der FVS. Immer wieder fällt ihnen auf, dass der Name "Freidenker" zumindest in der Schweiz kaum bekannt ist und mit Freimaurern oder Freikirchen verwechselt wird. Mit Blick auf den deutschen humanistischen Verband ist "Humanisten" in der Regel die erste Alternative, die vorgeschlagen wird. Allerdings gibt es schwerwiegende Einwände gegen diese Bezeichnung, existieren doch in der Schweiz schon humanistische Parteien und wird traditionell der Begriff "Humanismus" nicht in einem antiklerikalen Sinn verwendet. Der Zentralvorstand möchte vor diesem Hintergrund einen Mittelweg einschlagen und den Namen "Freidenker-Vereinigung" mit einem Zusatz in Form eines Slogans versehen, der auch auf in den offiziellen Briefkopf aufgenommen werden soll. Die Mitglieder sind aufgerufen, Vorschläge für einen Untertitel einzureichen.

Zur Anschauung der Briefkopf der Sektion Zürich:

FREIDENKER-VEREINIGUNG SEKTION ZÜRICH

"Versteht sich als Interessensvertretung konfessionell nicht gebundener Menschen"  
**Senden Sie ihre Vorschläge bis Ende September an das FVS-Sekretariat oder an [info@fvs.ch](mailto:info@fvs.ch). Zu gewinnen gibt es Büchergutscheine.**



## "Antisemitismus"

Auch in unserer aufgeklärten Zeit kann die kritische Betrachtung einer Religion, bzw. eines religiös bedingten Verhaltens als unzulässige Tabuverletzung dargestellt und verurteilt werden. Da gerade die drei monotheistischen Offenbarungsreligionen für selbständig denkende Menschen (Freidenker) mit Vernunft und Wirklichkeit kaum mehr übereinstimmen und sie besonders ihren rigorosen Alleingeltungsanspruch ablehnen, kann sich ihre Kritik – je nach dem, welcher Religion sie gerade gilt – dem Vorwurf des Antisemitismus aussetzen. Dieser Begriff, in den letzten Jahren zu einem Modethema geworden, wird jedoch in einer Art und Weise zum Ausdruck gebracht, dass er nur sehr wenig zur Überwindung von Vorurteilen und Schranken beiträgt. Betroffene oder auch nur scheinbar Betroffene (weil es für sie gerade politisch opportun ist) reagieren auf jede kritische Stimme mit grösster moralischer Empörung. Da nun auch noch bei jedem Infragestellen oder Missbilligen der israelischen Besatzungspolitik der Vorwurf des Antisemitismus droht, müssten wir uns doch erst einmal fragen, was eigentlich Antisemitismus bedeutet und ob dieser Begriff auf die Religionskritik und Beurteilung der israelischen Politik anzuwenden ist.

### Ursprung des Begriffs "Antisemitismus"

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren es nicht mehr nur religiöse Argumente, die bei vielen Menschen einen unbändigen Hass gegen Mitbürger jüdischen Glaubens erzeugte. Auf der Suche nach Schuldigen für die Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse war es offenbar ganz einfach, die (schuldlosen) Juden für die gesamte gesellschaftliche Misere verantwortlich zu machen.

Im Jahre 1879 prägte der politische Agitator und Verfasser antijüdischer Kampfschriften, Wilhelm Marr, erstmals den Begriff Antisemitismus. Zusammen mit ebenso bedeutenden Vorkämpfern und führenden Judengegnern wie dem evangelischen Geistlichen Adolf Stoecker oder dem österreichischen Politiker Georg von

Schönerer war er letztlich der Ideenlieferant Hitlers und hat den Boden für die grausamen Judenverfolgungen im vergangenen Jahrhundert vorbereitet. Der Begriff Antisemitismus wurde zum politischen Schlagwort antiliberaler völkisch-konservativer Parteien und Politiker und er sollte unter den Menschen eine Verbundenheit schaffen, die damals anders kaum erreicht werden konnte.

Dieser nun seit bald 125 Jahren in den Köpfen der Menschen feststehende Ausdruck ist aber irreführend und falsch, weil er sich ausschliesslich gegen Juden und nicht gegen die Gesamtheit der semitischen Völker richtet. So sind es doch besonders auch die arabischen Völker, die als semitisch, also der semitischen Sprachfamilie angehörend, betrachtet werden müssten. Aber auch das Nazi-Regime, das diesen so wissenschaftlich klingenden, und gleichwohl unzutreffenden, Terminus sonst ausschliesslich in Bezug auf die Juden verwendete, war nicht immer konsequent beim Gebrauch des Wortes Semit:

*"Semiten (genannt nach Sem), die zur semitischen Sprachengruppe gehörenden Völker Vorderasiens, z.B. Aramäer, Hebräer, Phönikier und Araber."*  
(Brockhaus, Leipzig, 1943).

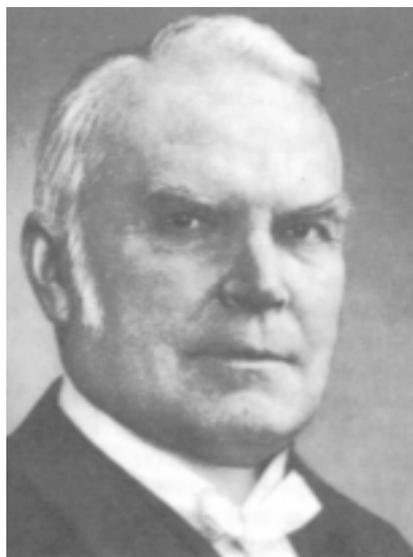
Damals (wie auch heute noch) wurde der Begriff Semit fälschlicherweise

auch als rassenkundliche Bezeichnung verwendet – doch Glaubensgemeinschaften sind schon lange kein Volk mehr und auch keine Rasse, ihre Menschen sind ausschliesslich durch ihren Glauben und ihre Vorstellungen über Anfang und Ende der Welt zu definieren. Da zudem auch keine Völker mehr genetisch homogen sind, dürften wir im Grunde weder Juden noch Araber in ihrer Gesamtheit als Semiten bezeichnen. Die Menschen jüdischen Glaubens mit einer Rasse zu verbinden ist also falsch, denn zu unterschiedlich ist ihre Herkunft.

### Sem, der Stammvater der Juden und Araber

Weil die gegenwärtige Auseinandersetzung eng mit der jeweiligen religiösen Zugehörigkeit verbunden ist, soll doch als Basis für eine Definition die von den beteiligten Gläubigen als unanfechtbar geltende Heilige Schrift zugelassen sein. Und hier wiederum eine Interpretation, die noch aus der Zeit vor dieser un-sinnigen Begriffskreation stammt:

*"Sems Nachkommen bewohnten in den ältesten Zeiten die Länder am Euphrat und Tigris und verbreiteten sich südlich nach Arabien, westlich nach Kleinasien hinein. Unter den Söhnen Sems gilt Assur als Stammvater der Assyrer, die von Aram stammenden Aramäer wohnten in Syrien und Mesopotamien (...). Nach Eber, Sems Urenkel, haben die Ebräer ihren*



Adolf Stoecker



Georg von Schönerer

*Namen erhalten, von Jaketan, dem Sohne Ebers stammen die Bewohner des östlichen und südlichen Arabiens...*"

*(1. Mose 10, 21 bis 31, Grosse Heilige Schrift mit Erklärungen von Otto Delitsch, Leipzig, Dresden 1862).*

Da der (sumerische) Noah nach der grossen Flutkatastrophe im Euphrat-Tigris-Delta von Gott den Auftrag erhalten haben soll, eine neue Welt zu erfüllen, zu besitzen und zu beherrschen, ist er also der Urahn aller Menschen und Sem, der älteste seiner drei Söhne, der Vater aller Semiten.

Als semitisches Nomadenvolk gelangten israelitische Stämme aus der Gegend von Ur über Kanaan nach Ägypten und von dort aus, geführt von Moses, zurück nach Kanaan in Palästina. Das Gebiet gliederte sich in eine grosse Anzahl neben- und gegeneinander lebender Völker und Stämme, ihre Geschichte war geprägt von Auflösung vieler Stämme, Vertreibung oder Vernichtung durch neu eindringende und Verschmelzung mit anderen (auch mit Nachfahren nicht-semitischer, indoarischer Stämme).

### **Der Islam entstand in einer Welt der Juden und Christen**

Mekka, die Hauptstadt des Hedschas, war eine kleine Insel altarabischer Naturreligionen, umgeben von jüdischen Siedlungen und christlichen Enklaven, als sich Mohammed zu Beginn des 7. Jahrhunderts mit seiner Botschaft an die dort anwesenden Menschen richtete. Die Kriege unter den semitischen Wüstenstämmen und die Zersplitterung der Glaubensbekenntnisse bei den Juden und Christen (auch die ersten Christen waren Semiten), weckten in Mohammed den Wunsch nach einer einigenden Religion.

*"Aus den Abkömmlingen Sems, von angenehmer Erscheinung und mit üppigem Haar, entwickelten sich die Araber, die Nabatäer und die Völker Israels. Sie wurden als Semiten bekannt und siedelten sich zwischen dem Jemen und Syrien an. Dieser Rasse sollen der Prophet (Mohammed) und die heiligen Bücher (Koran) geschenkt werden."*

*(Emel Esin)*

Doch obwohl Mohammed auch eine

Vielzahl jüdischer Regeln in seine Lehre aufnahm, widersetzten sich ihm die Juden, sie lehnten es ab, ihn als den verheissenen Messias zu begrüssen. Mohammed musste erkennen, dass er nicht alle semitischen Völker und Stammesgemeinschaften unter dem Dach des Islam vereinen und zu ihrem letzten Ziel hinführen konnte – und darin liegt ein bedeutender Grund für seine zunehmende Feindschaft zu den Anhängern der beiden anderen Frühreligionen:

*"Oh, die ihr glaubt! Nehmet nicht die Juden und die Christen zu Freunden. Sie sind Fremde (...) Und wer von euch sie zu Freunden nimmt, der gehört fürwahr zu ihnen. Wahrlich, Allah weist nicht dem Volk der Ungerechten den Weg."*  
*(Koran, Sure 5.52.)*

Die Juden- aber auch die Christenfeindschaft war also eindeutig vom Religionsgegensatz bestimmt – und nicht rassistisch, wie auch heute immer wieder behauptet wird.

### **In ihrem Wesen liegt die Intoleranz**

Der intolerante Absolutheitsanspruch der drei grossen Offenbarungsreligionen hat in der Geschichte immer wieder zu Hass, Verfolgungen und zu schrecklichen, blutigen Kriegen geführt. Solange also jede dieser Religionen den Anspruch auf verbindliche Wahrheit erhebt, die gesamte Lebenssphäre des Menschen umfasst, über den Wert oder Unwert von Menschen bestimmt und so lange Anders- oder Nichtgläubige als unrein abgelehnt werden, wird es keine engen und freundschaftlichen Beziehungen unter den Menschen geben. Religionszugehörigkeit, eigentlich eine reine Privatsache, wird aber dann zum konkreten Ärgernis, wenn sie z.B. die freie Partnerwahl verunmöglicht oder eine beleidigende und demütigende Unberührbarkeit (schroffe Vermeidung jeder Berührung nichtgläubiger Frauen) demonstriert.

Erst wenn wir die Wahrheitsmonopole der Religionen hinterfragen und auch beseitigen, uns von den religiös bedingten Vorurteilen lösen und uns aus unserer Unmündigkeit befreien, können wir unverkrampfter und unbefangener aufeinander zugehen. Trennen wir uns doch endlich von den Zwietracht säenden Büchern und

legen sie endgültig ins Archiv vergangener Zeiten ab. Es sind ja nur Worte, gesprochen und niedergeschrieben von urzeitlichen Kultstiftern und Propheten, die schlussendlich verantwortlich sind für die so lang andauernde und tiefsetzende Feindschaft zwischen den Menschen.

### **Kritik an Israels Politik ist kein "Antisemitismus"**

Weil nun jede kritische Betrachtung der Offenbarungsreligionen auch die jüdische Religion mit einschliesst, ist es unvermeidlich, dass in ihr einzelne moralisch zweifelhafte und vernunftwidrige Aspekte missbilligt werden – deswegen aber als "antisemitisch" gebrandmarkt zu werden, ist somit einer freien, aufgeklärten und säkularisierten Gesellschaft unwürdig – und semantisch völlig absurd.

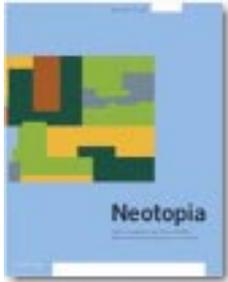
Ganz grotesk ist es aber, die Kritiker an Israels Politik mit diesem Begriff zum Schweigen bringen zu wollen. Liesse sich nicht umgekehrt auch fragen, ob der hochgerüstete Kleinstaat, der grosse Landstriche besiedelt und der dort ansässigen Bevölkerung jedes Selbstbestimmungsrecht verweigert, nicht selbst "antisemitisch" handelt? Die eigentliche Schuld der Palästinenser lag doch nur darin, dass sie auf dem Boden sassen, das für die jüdische Landnahme vorgesehen war – was natürlich die terroristischen Anschläge fanatisierter Gruppen keineswegs entschuldigen und rechtfertigen darf. So lange aber die seit Jahrhunderten dauernde religiös untermauerte Indoktrination der Gesellschaft auf beiden Seiten weiter anhält, wird der Weg zum friedlichen Nebeneinander noch viel unschuldiges Blut kosten. Blut von Kindern – im Namen Gottes!

Bruno Stutz, Embrach



## Radikale Gerechtigkeit

Wie würde die Welt aussehen, wenn jeder Mensch genau die gleichen Voraussetzungen hätte?



Manuela Pfrunder beantwortet diese Frage, indem sie in "Neotopia" eine imaginäre, völlig egalitäre Weltordnung kreiert.

"Neotopia" zeigt die eindrücklich gestaltete Vision einer Welt, in der alles im Sinne radikaler Gerechtigkeit neu verteilt ist, in der jeder Mensch die gleichen Rechte und damit auch den gleichen Anspruch auf alle Ressourcen hat.

Auf der Basis von aktuellen Statistiken werden die Besitzverhältnisse so geregelt, dass jeder Mensch den gleichen Anteil an allem erhält. Was besitzt dann jede/r Einzelne? Wie viel Insel? Wie viel Eis? Wie lange leben wir in Luxus? Wie lange hungern wir, und in wievielen Jahren erhalten wir ein neues Paar Jeans? "Neotopia" teilt jedem ein eigenes Land zu, 291,5 m x 291,5 m gross, mit Insel, Wasser, Kultur- und Ackerland, mit Wüste, einem Anteil an der Reis-, Auto- und Seifenproduktion und der Freiheit, mit seinen Ressourcen auf eigene Weise umzugehen.

Ein spannendes und anregendes Gedankenspiel

Manuela Pfrunder, 1979 in Luzern geboren, schloss im Jahr 2000 das Studium an der Fachklasse für Grafik der Hochschule für Gestaltung und Kunst Luzern ab. "Neotopia" entstand als Abschlussarbeit und gewann den Förderpreis 2000 des Schweizerischen Grafiker Verbands und am Design Preis Schweiz 2001 den Willy Guhl Preis für Kommunikationsdesign.

### Manuela Pfrunder

#### Neotopia – Atlas zur gerechten Verteilung der Welt

Deutsch/Englisch

Limmatverlag 2001, Fr. 46.-

64 Seiten, Leinen, vierfarbig,

ISBN 3-85791-405-X

## 1. August: Knall-Feiertag

Jedes Jahr erbangen Tausende Bürger in diesem Land den Nationalfeiertag: Er ist von Jahr zu Jahr ein immer schlimmer werdender "Knall-Feiertag". Knallkörper sind kleine explodierende Chemiefabriken! Statt mit dieser sinnlosen Knallerei die Umwelt mit Arsen, Barium, Cadmium, Strontium, Titan etc. zu belasten, könnten die mehr als 20 Millionen Franken für einen guten Zweck einsetzen!

Nationalfeiertag wäre besinnlicher Eidgenossentag. Nationalfeiertag ist

Millionen teure, sinnlose Luftverpestung und Lärmbelastung.

Liesel Dolder-Walser, Steinach

## Fristenregelung

So wie die Befürworter der Fristenlösung im letzten FREIDENKER das Abstimmungsergebnis mit Genugtuung erfahren haben, so haben es die Gegner bedauert. Aber fast 600'000 Nein-Stimmen dürfen sich auch sehen lassen. Die Hoffnung von beiden Seiten wird sein, dass die Schwangerschaftsabbrüche in Zukunft nicht zunehmen!

Marlene Baschung, Rutha Frey, Basel

## Schizophrene Minenpolitik der Schweiz

Seit fünf Jahren schon entsendet die Schweizer Armee spezialisierte Millizoffiziere und Festungswächter ins Ausland um die Minenräumungsprogramme der Uno und privater Organisationen zu unterstützen. Jetzt soll ein Fachmann der Schweizer Armee auch in Afghanistan einem Uno-Hilfswerk helfen, Minen zu entschärfen und nicht explodierte Bomblets von Clusterbomben, die die Amerikaner abgeworfen haben, unschädlich zu machen. Bekanntlich war Afghanistan schon vor dem Rachezug der USA von Millionen von Minen verseucht. Täglich töten oder verletzen Minen Kinder, Frauen, Männer und auch Tiere.

Mithelfen an der Beseitigung der Clusterbomben-Blindgänger soll auch die bundeseigene Firma RUAG. Sie liefert sogenannte Hohlladungen, eine Munition die der gefahrlosen Vernichtung von Blindgängern dient. Die Firma RUAG, die in Afghanistan hilft, exportiert jedoch selber auch Clustermunition. Sie trat an der internationalen Waffenmesse EURO-SATORY in Paris mit einem eigenen Stand auf, wo die 120 mm Kanistermunition den Militärs für ihre künftige Kriege angeboten wurde. Die RUAG exportierte bereits Clustergranaten.

In Afghanistan und anderen Staaten töten und verkrüppeln nicht nur nicht explodierte Clusterbomblets und Personenminen Menschen sondern auch Landminen. Diese Landminen werden in Konfliktgebieten verlegt, "nur" um Fahrzeuge zu zerstören. Sie werden jedoch immer wieder auch von Fussgängern ausgelöst, von Zivilisten. Die Schweizer Armee besitzt solche Fahrzeugminen, die

Panzermine 88 und die Panzerabwehrmine 60. Die Panzermine 88 kann von einem vorbeifahrenden Fahrrad ausgelöst werden. Die Panzerabwehrmine explodiert schon bei einer Druckbelastung von 30 kg, wenn beim Scharfmachen der Druckteller vergessen wird. Die von der Schweiz unterschriebene Ottawa-Konvention verbietet solche Minen. Personenminen, Landminen und Clustermunition müsste man vernichten, auch in der Schweiz, und die Produktion einstellen. Es ist schizophren Minenräumungsprogramme zu unterstützen und zugleich Minen und Clusterbomben zu fabrizieren und zu exportieren.

H. Frei, Zürich

## Kriegslogik

H. Frei bezeichnet die Minenpolitik der Schweiz als schizophren. Ist das wirklich so? Ist es nicht vielmehr logisch, dass man als Waffen produzierendes und exportierendes Land sich an den Aufräumarbeiten beteiligt?

1. Kann man dabei viel lernen

2. Kann man den KritikerInnen zeigen, dass alles nicht so schlimm ist, dass man die Sache im Griff hat und wieder schön aufräumt. – Brave Buben eben.

Mir ist noch ein Kommentar von Ex-Bundesrat Ogi im Ohr, der zum Einsatz von Schweizer Soldaten in Ex-Jugoslawien meinte: Die Schweizer Armee könne dort wertvolle Erfahrungen sammeln und ihr Material testen.

Seien wir also nicht blauäugig, was die Motivation der Aufräumer anbetrifft: Das ist nicht schizophren, sondern logisch – tödlich logisch!

Reta Caspar

Kongress der Weltunion der Freidenker

## Irrationalismus und Fundamentalismus Bedrohung von Frieden, Demokratie und Laizität

**16. und 17. November in Prag**

im Technischen Club, Novotneho Lavka 5 (Nähe Karlsbrücke)

Bitte Zimmerreservierungen jetzt vornehmen.

Hotel "Diplomat" *****	EZ 190 EU	DZ 115EU
Pension "Golden Horse"	EZ 80.5 EU	DZ 57.5 EU
Hotel "Masaryk" ***	EZ 38 EU	DZ 23 EU
Hotel "Krystal" ***	EZ 38 EU	DZ 27 EU

Frühstück inbegriffen, alle Zimmer mit Dusche.

**Reservierungen via Jean Kaech 031 372 56 03**

### Basel (Union)

Jeden letzten Freitag im Monat ab 19 Uhr: Freie Zusammenkunft im Restaurant "Storchen" Basel.  
Jeden 2. Dienstag im Monat: Vorstandssitzung um 19 Uhr

### Schaffhausen

Jeden 3. Donnerstag im Monat 20 U hr, Freie Zusammenkunft im Rest. "Falken", Schaffhausen

### Winterthur

**Mittwoch, 7. August** 19.30 Uhr  
**Mittwoch-Stamm**  
im Hilfdi-Club, Technikumstrasse 90

*Voranzeige*

### Mittwoch 4. September

**Diskussionsforum: Ein Slogan für die FVS** (siehe Wettbewerb Seite 3)

### Zürich

**Dienstag, 13. August** 14.30 Uhr  
**Freie Zusammenkunft**  
im Restaurant "Grünwald"  
Regensdorferstr. 237, 8049 Zürich.  
Bus 485 bis Haltestelle "Gründwald"



### Liebe ältere Mitglieder...

Diese Rubrik wendet sich in erster Linie an Sie. Senden Sie der Redaktion Ihre Gedanken, Ideen, Anregungen und Zitate etc. welche Sie bewegen und auch andere SeniorInnen interessieren könnten!

### SeniorInnen sind Individuen

"Alte Menschen sind nicht alle gleich, wahrscheinlich sind sie das noch weniger als irgend einer andere Altersgruppe, denn ihr langes Leben hat sie zu Individualisten gemacht. Eines unserer Probleme ist, dass die Gesellschaft sich weigert, dies zu verstehen, und alle alten Menschen gleich behandelt." Lily Pincus

### Weisse Haare

Der charmante Maurice Chevalier sagte einmal:

"Ein Mann mit weissem Haar ist wie ein Haus, auf dessen Dach Schnee liegt. Das beweist noch lange nicht, dass im Herd kein Feuer ist."

eingesandt von Rutha Frey, Binningen

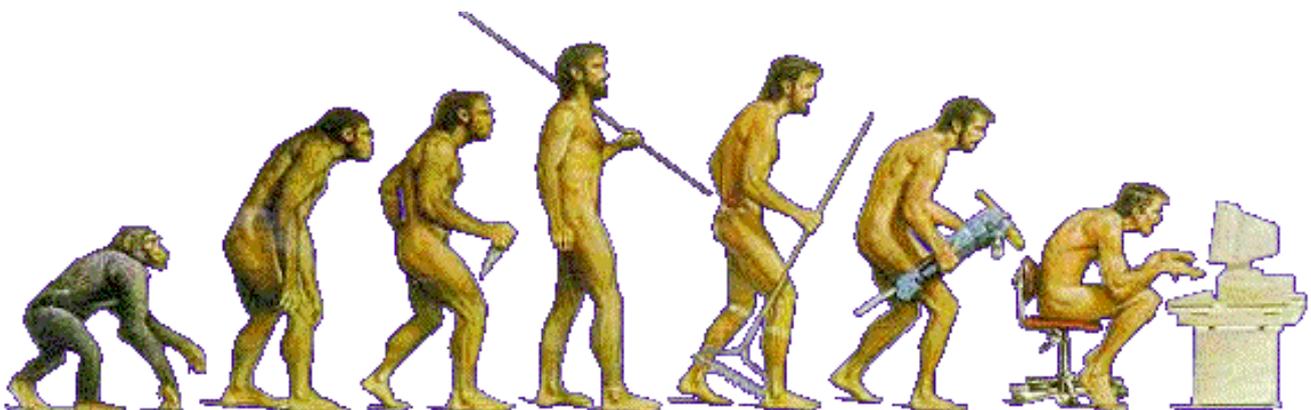
Promi-Ecke



"Alle wollen alt werden, aber keiner will es sein."

Gustav Knuth  
1901-1987  
Schauspieler

Evolution...



## TrauerFeiern

### Basel (Vereinigung)

061 42112 80

### Basel (Union)

061 321 39 30 oder 061 601 03 23

### Bern

034 402 45 27 oder 031 372 56 03

### Grenchen

076 53 99 301 oder 032 645 38 54

### Luzern und Innerschweiz

041 420 45 60 oder 041 440 76 36

### Schaffhausen

052 337 22 66

### St. Gallen

052 337 22 66

### Vaud Waadt

026 660 46 78 ou 022 361 37 12

### Winterthur und Thurgau

052 337 22 66

### Zürich

Natel 079 646 20 64

### Zentralsekretariat FVS

032 641 26 24 oder 052 337 22 66  
falls unter der regionalen Nummer  
niemand zu erreichen ist.

Adressänderungen an: Büelrain 4 8545 Rickenbach

AZB  
8545 Rickenbach

## Regional- und Orts-Gruppen

### Freidenker-Vereinigung

#### Sektion Basel und Umgebung

Postfach 302, 4012 Basel \*auch Fax  
Präsidentin: Y. Andrek 061 401 35 19\*  
Vizepräsidentin: B. Bisig 061 321 31 48\*  
Kassier: R. Wenger Tel. 061 692 86 27  
Fax 061 692 86 28  
Mitgliederdienst: R. Frey 061 421 12 80

#### Freidenker-Union

##### Region Basel USF

Postfach 4471, 4002 Basel  
Präsident: 061 601 03 43 (G. Rudolf)  
Auskünfte, Informationen:  
061 321 39 30 oder 061 601 03 23  
Mitgliederdienst, Krankenbesuche,  
Bestattungen: 061 321 39 30  
Postkonto: 40-4402-5  
Bestattungsfonds: 40-4007-5

#### Ortsgruppe Bern

Postfach 554, 3550 Langnau  
Präsident/Auskünfte:  
Daniel Aellig: 034 402 45 27  
Mitgliederdienst:  
J. Kaech 031 372 56 03

#### Libre Pensée de Genève

ASLP Genève, J.P. Bouquet  
27 ch. des quattes, 1285 Avusy  
022 756 40 49 (tél. et fax)

#### Sektion Grenchen und Umgebung

Postfach 451, 2540 Grenchen  
Auskünfte: Peter Hess, Präsident:  
032 645 38 48 oder 076 376 38 48  
Mitgliederdienst, Krankenbesuche:  
Lotti Höneisen: 076 53 99 301

#### Regionalgruppe

##### Luzern-Innerschweiz

Präsident: E. Ochsner 041 440 76 36  
Postfach 2908, 6002 Luzern

#### Sektion Mittelland

Postfach 637, 4600 Olten  
Präsident: Willi Zollinger 062 293 39 30

#### Freidenker Schaffhausen

Postfach 186, 8222 Beringen  
052 685 13 62 (Marcel Bollinger)

#### Regionalgruppe St. Gallen

Haldenweg 37, 9100 Herisau  
Tel. 071 351 29 81 (S. Breitler)

#### Association vaudoise de la Libre Pensée

Case postale 131, 1000 Lausanne 17  
Secrétariat: 026 660 46 78  
Président: J.P. Ravay 022 361 94 00

#### Ortsgruppe Winterthur

Büelrain 4, 8545 Rickenbach ZH  
052 337 22 66 (J.L. Caspar)

#### Ortsgruppe Zürich

Postfach 7210, 8023 Zürich  
Präsident: W. Strebel 055 414 23 63  
oder Natel 079 646 20 64  
Familiendienst: M. Dobler 01 341 38 57

### FREIDENKER - BIBLIOTHEK

#### Zürich, im Sozialarchiv

Stadelhoferstr. 12 (Nähe Bellevue)

#### Bücherausgabe:

Mo. - Fr. 10-20 Uhr  
Sa. 10-13 und 14-16 Uhr  
Auskunft: Tel. 01 251 80 66

## FVS Zentralsekretariat Zentralkasse

Zuschriften an den Vorstand,  
Auskünfte, **Adressänderungen**,  
Materialbestellungen an:  
**Zentralsekretariat FVS**

#### Postfach 217

#### CH-2545 Selzach

Tel. 032 641 26 24  
Fax 032 641 26 25  
Internet: www.freidenker.ch  
Postkonto: 84-4452-6

## Impressum

#### Redaktion

Reta Caspar Rainweg 9  
Tel. 031 911 00 39 3052 Zollikofen  
e-mail: reta.caspar@swissonline.ch

#### Redaktionsschluss 15. des Vormonats

#### Jahresabonnement

Schweiz: Fr. 25.- inkl. Porto  
Ausland: Fr. 30.- inkl. Porto (B-Post)  
Probeabonnement 3 Monate gratis

#### Bestellungen, Adressänderungen und Zahlungen bitte an das Zentral- sekretariat FVS.

#### Druck und Spedition

Basler Druck+Verlag AG, bdv  
Postfach, 4010 Basel

#### ISSN 0256-8993, Ausgabe 8/2002

Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
können, aber müssen nicht mit der An-  
sicht der Redaktion übereinstimmen.